



POLEN-ANALYSEN

www.laender-analysen.de/polen

DIE KRISE DER LINKEN IN POLEN

- | | |
|---|----|
| ■ ANALYSE | |
| Die Suche nach dem Heiligen Gral –
über die Probleme linker Parteien in Polen
Michał Sutowski, Warschau | 2 |
| ■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT | |
| Politische Präferenzen | 7 |
| ■ CHRONIK | |
| 7. – 20. März 2017 | 12 |
| ■ LESEHINWEIS | |
| Jahrbuch Polen 2017 Politik | 14 |

*Herausgegeben mit finanzieller Unterstützung
der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit*



FUNDACJA WSPÓŁPRACY
POLSKO-NIEMIECKIEJ
STIFTUNG
FÜR DEUTSCH-POLNISCHE
ZUSAMMENARBEIT



Die Suche nach dem Heiligen Gral – über die Probleme linker Parteien in Polen

Michał Sutowski, Warschau

Zusammenfassung

Eine Krise ist zugleich ein Wendemoment, eine Umbruchszeit, die eintritt, wenn ein Fortbestehen und Handeln wie bisher nicht mehr möglich sind und eine gelungene Anpassung an die Veränderungen überlebensnotwendig wird. Die polnische Linke hat unlängst ihre größte Niederlage seit den Wahlen von 1989 erlebt. Im polnischen Parlament ist weder eine linke Partei noch eine linke Koalition vertreten, und nur wenige Abgeordnete lassen sich durch ihre Ansichten dem (mitte-)linkspolitischen Spektrum zuordnen. Einer Umfrage von Mitte September 2016 zufolge (und damit fast ein Jahr nach den letzten Parlamentswahlen), liegt die Unterstützung für das Bündnis der *Demokratischen Linken* (*Sojusz Lewicy Demokratycznej, SLD*) bei 3%. Die kurz vor den Wahlen gebildete Partei junger Aktivisten *Razem* (*Gemeinsam*) erreichte 2%. Kurz gesagt: Das Alte ist gestorben und das Neue ist – womöglich – erst im Entstehen.

Wozu Polen und den Polen linke Parteien?

Bis 2015 sei Polen ein ruiniertes Land gewesen, so präsentierten Jarosław Kaczyński und seine Partei *Recht und Gerechtigkeit* (*Prawo i Sprawiedliwość, PiS*) während der Wahlkampagne 2015 die Folgen der vorangegangenen Regierung der Partei *Bürgerplattform* (*Platforma Obywatelska, PO*). Polen hat jedoch dank des Beitritts zur Europäischen Union in den vergangenen zehn Jahren eine unglaubliche Entwicklung durchlebt. Es wurden gewaltige Investitionen in die Infrastruktur getätigt (insbesondere in den Ausbau von Autobahnen und in die wichtigsten Zugstrecken), das Einkommen auf dem Land ist gestiegen (auch dank der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU) und Modernisierungsarbeiten wurden nicht nur in den größeren Städten, sondern auch in der Provinz vorgenommen – wenngleich einige Investitionen, wie die legendären Aquaparks und einige der für die Fußball-Europameisterschaft 2012 gebauten Komplexe, kaum als wirtschaftlich und sozial nachhaltig zu bewerten sind. Polen hat auch die globale Wirtschaftskrise einigermaßen unbeschadet überstanden. Dies verdankt es der pragmatischen, antizyklischen Politik der Tusk-Regierung, dem Besitz einer eigenen Währung und der Verflechtung der polnischen mit der deutschen Wirtschaft als Zulieferer von Industrieteilen, wenn auch ein Teil der Last von den Arbeitnehmern getragen wurde, die man als Opfer der übermäßigen Flexibilisierung bzw. Prekarisierung des Arbeitsmarktes betrachten kann und die kaum in Gewerkschaften organisiert sind. Schließlich sind die Arbeitslosenzahlen im vergangenen Jahr auf ein für Polen seit 1989 historisches Tief gesunken. Allerdings ist ein Teil dieses Erfolgs der Arbeitsmigration, vor allem nach Großbritannien und Irland, zuzuschreiben.

Das bisherige, auf geringen Personalkosten beruhende Wirtschaftsmodell hat sich erschöpft. Dies erfor-

dert vom Staat sowohl ein aktives Eingreifen in den Bereich der Industriewirtschaft, höhere Löhne (deren Anteil am polnischen Bruttoinlandsprodukt seit Jahren schrumpft) und eine Absicherung der Arbeiter auf dem Arbeitsmarkt als auch eine Qualitätssteigerung der wichtigsten öffentlichen Dienstleistungen, darunter des Bildungswesens, der Gesundheitsversorgung und der Pflege (insbesondere im Hinblick auf unsere alternden Gesellschaften).

Darüber hinaus sieht sich Polen nach einem Vierteljahrhundert der (in vielerlei Hinsicht neoliberalen) Transformation mit einer ganzen Reihe sozialer Probleme und Herausforderungen konfrontiert. Polen findet sich zwar mit seiner breite gesellschaftliche Schichten umfassenden Armut (die insbesondere kinderreiche Familien, Frauen und Menschen mit Behinderung betrifft) und den starken Einkommensunterschieden im EU-weiten Vergleich im mittleren Feld wieder. In Verbindung jedoch mit einem *de facto* regressiven Steuersystem, einem ungleichen Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen sowie deren schrittweiser Kommerzialisierung, einer schwachen Verkehrsinfrastruktur und regionalen Unterschieden im Zugang zu Kultur und Bildung kommt es in Polen zu einer starken (realen sowie wahrgenommenen) sozialen Schichtung der Gesellschaft.

Das allgemeinbildende Schulsystem ist zu stark auf Selektion, Konkurrenz und die Reproduktion sozialer Unterschiede ausgerichtet, anstatt Chancengleichheit zu fördern und zu Demokratie zu erziehen. Im Hochschulbereich ist der Zugang zu einem kostenlosen, qualitativ hochwertigen Studium begrenzt. Hinzu kommt der *gender gap* bei der Höhe der Löhne und im gesellschaftlichen Leben sowie eine seit Jahren aggressive Einflussnahme der Politik auf die Selbstbestimmungsrechte der Frau (ein restriktives Abtreibungsgesetz, das Erschweren

legaler Schwangerschaftsabbrüche auch in begründeten Fällen, fehlende Sexualbildung an Schulen). Berücksichtigt man zudem das ineffektive, auf Kohle basierende Energieversorgungssystem und die bürokratischen Hürden, die erneuerbaren Energien auferlegt werden, das in den kommenden Jahrzehnten unausgeglichene Rentensystem und das Wohnungsproblem, in dessen Rahmen die Mittelklasse mit Hypotheken in Schweizer Franken belastet ist und ärmere Familien keinerlei Aussichten auf eine anständige Wohnung haben, so erscheint Polen nach der Transformation als ein Land, in dem Parteien und Bewegungen großen Erfolg haben sollten, die sich für demokratische, egalitäre, freiheitliche und solidarische Werte einsetzen.

Die *PiS* scheint seit ihrem Wahlsieg 2015 auf einen Teil dieser Herausforderungen zu reagieren: sei es durch die Einführung eines Mindestlohns und des Elterngeldes 500+ oder mit ihren Ankündigungen, ab 2018 günstigen Wohnraum zu schaffen und ein stärker progressives Steuersystem einführen zu wollen. Die Umsetzung dieser Ankündigungen ist allerdings unsicher oder beruht auf Ausgaben, die für die Zukunft nicht gedeckt sind. Die Realisierung dieses teuren Familienprogramms kann zu einem Anwachsen der öffentlichen Verschuldung führen (insbesondere nach 2016) und eine ambitionierte Sozialpolitik in anderen Bereichen verhindern (beispielsweise beim Ausbau von Kindergartenplätzen). Die Pläne, inländische Spareinlagen zu stimulieren und die Skepsis gegenüber einer organisierten Arbeitervertretung wecken dabei Bedenken, dass die Investitions- und Modernisierungskosten abermals von den weniger wohlhabenden Arbeitern getragen werden, statt von Rentnern und der vermögenden Schicht.

Hinzu kommen die kontroverse Bildungsreform, die mit einer Ideologisierung der Lehrpläne durch die starke Betonung von Traditionalismus und Nationalismus einhergeht, die Propagandaoffensive im Bereich der Geschichtspolitik und der »Verteidigung des guten Rufs Polens«, die Akzeptanz fremdenfeindlicher Sprache und derartigen Verhaltens in der Öffentlichkeit, eine radikal konservative Familien- und Geburtenpolitik. *Last but not least* kommt eine Politik hinzu, die sich deutlich für eine schwächere EU-Integration, die Ablehnung einer gemeinsamen Einwanderungs- und Asylpolitik sowie gemeinsamer Klima- und Umweltziele ausspricht. Alle diese Aspekte zusammengenommen beschreiben ein Polen, in dem die Linke vor großen Aufgaben steht, für die sie bisher über zu wenig Kräfte und Ressourcen verfügt.

Rahmenbedingungen für das Handeln einer Linken – die Öffentlichkeit

Während der Kampagnen zur Präsidentschafts- und zur Parlamentswahl sind einige aus Sicht der Linken

bedeutende Charakteristika der polnischen Öffentlichkeit zutage getreten.

Erstens haben sich in Reaktion auf die Stimmungen innerhalb der Wählerschaft beinahe alle politische Parteien für gesellschaftliche Solidarität und eine aktive Rolle des Staates in der Gestaltung des Wirtschafts- und Gesellschaftsleben ausgesprochen. Man unterstrich die Notwendigkeit verbesserter Arbeitsbedingungen und Löhne sowie die Unterstützung der heimischen Industrie und inländischen Kapitals, wodurch die bis dahin starke rechts-libertäre Strömung sichtlich geschwächt wurde. Zweitens hat sich die vorherrschende Narration vom »Erhalt des Transformationserfolgs« (unabhängig von objektiven gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Indikatoren) als erschreckend ineffektiv erwiesen. Bei einem Teil der Wählerschaft – insbesondere bei der Jugend – rief sie sogar Widerstand hervor, der sich in einer regelrechten »Gegenkultur der Transformation« äußerte. Diese Gegenkultur nutzt Elemente eines »Pop-Nationalismus« und ist gegen das Establishment der Dritten Polnischen Republik gerichtet. Dabei wird sie oft, wenn auch unberechtigt, als »links« oder sogar als »linksradikal« wahrgenommen. Drittens ist insbesondere bei Jugendlichen abermals eine Schwächung traditioneller gesellschaftlicher und intellektueller Autoritäten zu beobachten – vor allem derjenigen Expertenkreise und meinungsbildenden Medien, die sich auf die Begriffe der »Modernisierung« und »Europäisierung« beziehen, die in der Tradition der »alten« *Solidarność* stehen und die als Gestalter oder Fürsprecher am Transformationsprozess beteiligt waren. Viertens führten der moderate Ton der *PiS*-Wahlkampagne und der Überdruß an der Rhetorik der bis dahin regierenden Parteien zu einer deutlichen Schwächung des Diskurses vom »Schutz vor Autoritarismus«. Dieser hatte über Jahre hinweg die politische Szene wirkungsvoll in zwei Lager geteilt (*PiS*-Anhänger und *PiS*-Gegner) und die Regierungsmacht der *Bürgerplattform* legitimiert, aber auch die Formulierung von vielen linken wie auch rechtskonservativen Positionen erschwert. Fünftens haben die Wahlkampagnen bestätigt, wie wichtig und bedeutend markante, charismatische Parteiführer sind. Der Wechsel Donald Tusks in die Europapolitik hat die *Bürgerplattform* auf nationaler Ebene deutlich geschwächt. Dagegen hat ein Rockmusiker ohne jegliche politische Basis während der Präsidentschaftswahl 20% der Stimmen bekommen. Adrian Zandbergs starker Auftritt während eines TV-Duells aller Spitzenkandidaten brachte seiner Partei *Razem* kurz vor den Wahlen einen sprunghaften Popularitätszuwachs. Wiederum schreiben viele Experten das schwache Abschneiden der *Vereinigten Linken* (*Zjednoczona Lewica*; für die Parlamentswahlen 2015 von 6 linken Parteien gebildetes Wahlbündnis, Anm. des

Übersetzers) der Tatsache zu, dass die Spitzenkandidatin Barbara Nowacka zu schwach in den Vordergrund gestellt wurde. Schließlich zeichnete sich bei den letzten Wahlen der seit Jahren in der internationalen Politik vorherrschende Trend zur »postmodernen« Rhetorik der Politik viel deutlicher ab: eine Loslösung der Aussage von der empirisch erfahrbaren Welt (*post-factual world*), eine Polarisierung der traditionellen und sozialen Medien (die Nutzer leben in einander ideologisch wie ästhetisch antagonistisch gegenüberstehenden Welten) und schließlich die Vermittlung von Inhalten mittels popkultureller Bilder statt des traditionellen politisch-ideellen Diskurses.

Handlungsspielräume und das Prinzip Realität

Angesichts der Vielschichtigkeit der EU-Krise – von der Wirtschaftsstagnation über institutionelle Verwaltungsprobleme und ein Demokratiedefizit bis hin zur Migrationskrise und einer europaweiten Re-Nationalisierungswelle – muss die Linke einen neuen Standpunkt in der Europa-Politik einnehmen. Die bisherigen Postulate, dem »Mainstream« der EU-Politik anzugehören und für die »Glaubwürdigkeit Polens als Partner« zu sorgen, entsprechen nicht mehr den gegenwärtigen Herausforderungen. Ebenso wirken die »europäischen Standards« nicht mehr als universelle Argumente gegen die Postulate der Rechtskonservativen im Bereich der Menschenrechte, der Gleichberechtigung der Frau, ökologischer Standards, würdiger Arbeitsbedingungen und Löhne. Gleichzeitig schwächen die inneren Probleme der EU den Schutzschirm und den informellen Druck, den die EU in Fragen der Rechtsstaatlichkeit, Pressefreiheit und in Bezug auf Bürgerrechte ausüben kann. Außerdem erhöhen sie das Risiko einer Marginalisierung Polens oder sogar im schlimmsten Falle einer Teilung oder eines Zerfalls der Europäischen Union und damit einer Abdrängung Polens in eine geopolitische Leere östlich des europäischen »Kerns«. Schließlich sind noch einige Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit mit anderen europäischen linken Bewegungen anzuführen. Aus polnischer Sicht ist entscheidend, dass die Veränderungen und Reformen der Union nicht zu ihrem Zerfall oder zu einem dauerhaften Auseinanderbrechen in ein Europa mehrerer Geschwindigkeiten führen. Polen ist außerdem weniger skeptisch gegenüber einer US-amerikanischen Anwesenheit in Europa (insbesondere im Rahmen der NATO) und dafür skeptischer hinsichtlich einer »Normalisierung« der Beziehungen der EU zu Russland.

Wo steckt die Linke?

Das Spektrum der polnischen Linken präsentiert sich 2016 breit und bunt, aber zersplittert. Es gibt eine Reihe

mittelgroßer und sehr viele kleiner Organisationen, die weiterhin keine geeinte linke Bewegung bilden, wie es die Rechte rund um die *PiS* tut. Außerhalb des Parlaments existieren die *Initiative Polen* (*Inicjatywa Polska*) sowie die erwähnten Parteien *Razem* und *SLD*. Die *SLD* scheint langsam zu zerfallen, insbesondere nach der kompromittierenden Niederlage während der Präsidentschaftswahlen 2015. Dennoch verfügt sie über eine treue Wählerschaft postkommunistischer Färbung, eine weiterhin gut entwickelte Parteibasis, den großen Erfahrungsschatz der älteren Mitglieder auf Ebene der nationalen sowie der lokalen Politik und über eine für mehrere Jahre abgesicherte Finanzierung aus dem Staatshaushalt. Nach ihren zahlreichen ideologisch-programmatischen Kehrtwenden fehlt es der Partei jedoch vor allem an Glaubwürdigkeit und ihr haftet das Etikett an, zynische und interessengeleitete Parteifunktionäre zu versammeln. Es fehlt eine charismatische Parteispitze ebenso wie eine klare Parteilinie, und die jüngere Generation der Parteimitglieder weist organisatorische und intellektuelle Schwächen auf. Es ist nicht auszuschließen, dass die ambitioniertesten Mitglieder in naher Zukunft zu anderen Parteien wechseln oder sich einem Mitte-Links-Wahlbündnis anschließen werden.

Ehemalige Mitglieder von *SLD* und der sozialliberalen Partei *Deine Bewegung* (*Twój Ruch*), die 2011–2015 im Sejm vertreten war, sowie Vertreter von NGOs und Frauenbewegungen haben die *Initiative Polen* gegründet. Sie ist auf die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft und den Selbstverwaltungsorganen ausgerichtet und könnte sich in Zukunft in ein Wahlbündnis umwandeln. Gegenwärtig werden programmatische Alternativen für die polnische Politik ausgearbeitet; der größte Erfolg bisher war die Erreichung von über 200.000 Unterschriften für die Bürgerinitiative für ein liberaleres Abtreibungsgesetz. Viele der Mitglieder beteiligen sich ebenfalls am Protest zur Verteidigung des Verfassungstribunals und an den Debatten um Skandale im Bereich der Reprivatisierung. Zu den größten Vorteilen der Initiative gehören die jungen Spitzenkandidatinnen Barbara Nowacka und Paulina Piechna-Więckiewicz sowie ein gewisser Einfluss in den Kommunen. Das größte Problem dagegen ist das Fehlen einer Organisationsstruktur, die ganz Polen umgreifen würde und für zukünftige erfolgreiche Wahlkampagnen notwendig ist. Womöglich bildet sich im Umfeld der *Initiative Polen* bereits für die kommenden Kommunalwahlen 2018 ein Mitte-Links-Bündnis heraus.

Last but not least verbanden nach den Wahlen viele mit der Partei *Razem* große Hoffnungen auf eine vollkommen neue, unbelastete Partei, die ein klares Programm vertreten und eine Sozialdemokratie skandinavischen Typs mit den Praktiken einer von unten

gewachsenen, demokratisch und partizipativ geführten Bewegung verbinden würde. Die Bewegung ist erst kurz vor dem Wahlkampf 2015 gebildet worden und erreichte 3,6% der Stimmen (was ihr eine staatliche Zuschussfinanzierung für die nächsten 4 Jahre sichert). Dies verdankt sie nicht zuletzt dem erfolgreichen Auftritt im TV-Duell des von vielen für den informellen Parteiführer gehaltenen Adrian Zandberg.

Die Partei verfügt über einen hohen Grad an Glaubwürdigkeit, da sie keine belastete Vergangenheit hat und sich ihr viele Sozialaktivisten und bisher an der Politik Unbeteiligte angeschlossen haben. Ihr gehören einige Personen mit relativ hohem Wiedererkennungswert an (Marta Tycner, Marcelina Zawisza, Agnieszka Dziemianowicz-Bąk), und sie hat eine ideell engagierte, breit aufgestellte Basis. Die Aktivistinnen und Aktivisten engagieren sich in sozialen Protesten – etwa in den Demonstrationen gegen eine Verschärfung des Abtreibungsgesetzes, die viele Menschen auf die Straßen geführt haben und ein großes mediales Echo erfuhren, oder zur Verteidigung der Verfassung, aber auch in lokalen Arbeiterstreiks. Es fehlen ihnen jedoch entsprechende finanzielle Mittel, Erfahrungen im Wahlkampf (dagegen wissen sie die sozialen Medien zu nutzen) und vermutlich auch die Bereitschaft, die in der Politik bisweilen notwendigen Kompromisse einzugehen. Die Partei definiert sich durch ihre Ablehnung des politischen Establishments und versucht diejenigen Wähler zu erreichen, die mit ihrer ökonomischen Situation unzufrieden sind. In der Praxis wird sie überwiegend von der großstädtischen Intelligenz gewählt.

Neben politischen Kreisen im engeren, parteilichen Sinne gibt es noch eine Reihe linker Organisationen und Verbände der »politischen Gesellschaft«. Zu den wichtigsten gehören vor allem die zentralen Gewerkschaftsverbände, darunter der *Gesamtpolnische Gewerkschaftsverband (Ogólnopolskie Porozumienie Związków Zawodowych, OPZZ)* und das *Forum der Gewerkschaften (Forum Związków Zawodowych, FZZ)*. Der dritte Gewerkschaftsverband, der *Unabhängige Selbstverwaltete Gewerkschaftsbund Solidarność (Niezależny Samorządny Związek Zawodowy – NSZZ – Solidarność)*, ist dagegen mehrheitlich rechtskonservativ orientiert und eng mit der gegenwärtigen Regierung verbunden. Daneben bestehen eine Reihe von Vertretungen spezieller Berufsgruppen, die linke Positionen repräsentieren. Das gilt etwa für die *Gesamtpolnische Gewerkschaft der Krankenschwestern und Hebammen (Ogólnopolski Związek Zawodowy Pielęgniarek i Położnych)* und die *Gewerkschaft der Polnischen Lehrerschaft (Związek Nauczycielstwa Polskiego)*, aber auch für kleinere und zugleich radikalere Organisationen wie die *Arbeiterinitiative (Inicjatywa Pracownicza)*. Besonders stark vertre-

ten sind die Gewerkschaften in der Industrie und im öffentlichen Sektor, so dass ihnen eine Schlüsselrolle in zukünftigen sozialen Konflikten in Polen zukommen wird, die womöglich zu einer Neukonstituierung der Linken führen könnten. Hinzu kommt das breite Netz von »watchdog«-Institutionen, die das Handeln anderer überwachen,¹ von NGOs, die sich für die Rechte von Minderheiten und diskriminierten Gruppen einsetzen,² von Think Tanks³ sowie Zeitschriften und Kulturinstitutionen, die sich sozialpädagogisch engagieren⁴. Dem sogenannten dritten Sektor ist ebenfalls die Zeitschrift *KRYTYKA POLITYCZNA* zuzurechnen – der auch der Autor des Textes angehört – die den Großteil der genannten Tätigkeitsfelder verbindet, in dem zu ihr noch ein Verlag, das Institut Studiów Zaawansowanych (Institut für fortgeschrittene Studien), Kulturhäuser und ein Internetportal gehören.⁵

In den vergangenen Jahren haben auch andere Initiativen an Kraft gewonnen: Mieterbewegungen, die sich aus der anarchistischen Bewegung entwickelt haben und Mieter vor Zwangsräumungen und der Ausbeutung durch Vermieter schützen; städtische Bewegungen, die sich für die Gestaltung des öffentlichen Raums und die Lebensqualität in Städten einsetzen (dabei bürgerlicher als die Mieterbewegungen sind) und gegen »wilde Reprivatisierungen« des während der Volksrepublik verstaatlichten Eigentums kämpfen;⁶ schließlich ökologische Bewegungen, die sich zuletzt gegen die Regierungspläne zu Abholzungen im kostbaren Białowieża-Urwald organisierten und sich potenziell gegen den geplanten Braunkohle-Tagebau in Großpolen wenden werden.⁷

2016 war auch in Polen das Jahr riesiger Straßendemonstrationen, ebenfalls des linkspolitischen Spektrums. Das von liberalen und Mitte-Links-Kreisen gebildete *Komitee zur Verteidigung der Demokratie (Komitet Obrony Demokracji, KOD)* organisierte Demonstrationen zur Verteidigung des Verfassungstribunals und der Rechtsstaatlichkeit, die wiederholt mehrere Zehntau-

1 Etwa die Helsinki Stiftung für Menschenrechte (Helsińska Fundacja Praw Człowieka) oder die Stiftung Panoptikon (Fundacja Panoptikon).

2 Die Kampagne gegen Homophobie (Kampania przeciwko Homofobii), die Stiftung Feminoteka (Fundacja Feminoteka), die Föderation für Frauen und Familienplanung (Federacja na rzecz Kobiet i Planowania Rodziny) u. a.

3 Das Ferdinand-Lassalle-Zentrum (Ośrodek im. F. Lassalla), die Kalecki-Stiftung (Fundacja im. Kaleckiego) u. a.

4 »Neuer Bürger« (Nowy obywatel), »Kontakt«, »Nie wieder« (Nigdy więcej), »Werft« (Stocznia) u. a.

5 Siehe das Gespräch von Grzegorz Sroczynski mit Sławomir Sierakowski in diesem Jahrbuch sowie auch Philip Goll und Stefanie Peter: In der Schönen Neuen Welt. In: Jahrbuch Polen 2011 Kultur, S. 88–102 (Anm. der Redaktion).

6 Hier tut sich vor allem die Bewegung »Miasto Jest Nasze« hervor.

7 Siehe hierzu ausführlich das Jahrbuch Polen 2015 Umwelt.

send Menschen mobilisierten. Im Laufe des Oktobers 2016 versammelten die Partei *Razem* und fortschrittliche Initiativen in verschiedenen Städten mehrere tausend Demonstranten, um unter dem Schlagwort des »Schwarzen Protests« gegen die Pläne eines verschärften Abtreibungsgesetzes zu demonstrieren.

Die größten Herausforderungen

Viele Anhänger der Linken hatten erwartet, die *PiS* würde nach der Machtübernahme ihr Verhalten von vor 10 Jahren wiederholen, und die Rhetorik der Solidarität und sozialen Gerechtigkeit würde einem neoliberalen Regierungsstil weichen, was der Linken eine leichte Angriffsfläche bieten würde. Es kam allerdings anders als erwartet, denn die *PiS*-Regierung initiierte eine der ambitioniertesten Familienpolitiken seit 1989. Das Programm ist zwar sehr kostspielig und ausschließlich auf ein traditionelles Familienmodell ausgelegt, dafür aber wird es sicherlich zum Umverteilungseffekt führen und die drückende Armut kinderreicher Familien lindern. Zudem vermittelt es vielen, bisher vom System ignorierten Menschen eine Art Wertschätzung. Dies bringt die Linke in die unbequeme Situation, in einen liberalen Diskurs gezwungen zu werden (»wir haben kein Geld dafür«), lediglich Details kritisieren zu können oder die sozialen Verdienste der *PiS* anerkennen zu müssen. Eine glaubwürdige alternative Sozialpolitik vorzustellen wird schwierig, sollte es unter der Regierung zu keiner bedeutenderen Wirtschaftskrise kommen. Zweitens lässt sich ein deutliches Anwachsen nationaler Stimmungen innerhalb der jungen Generation verzeichnen. Diese werden noch verstärkt durch die Bildungsprogramme der Regierung, durch die von ihr verfolgte »Geschichtspolitik«, stille Zustimmung zu xenophober Sprache, sogar Gewalt in der Öffentlichkeit und schließlich durch den »subkulturellen« Touch eines aggressiven Auftretens, das (paradoxiertweise während einer rechtskonservativen Regierung) Nationalismus und ein exklusives Nationsverständnis mit der rebellischen Haltung der Jugend verbindet. Damit ist für die Linke der Zugang zu zumindest einem Teil der potenziellen Wählerschaft verbaut.

Drittens geht es um den notwendigen Kampf um liberale Regierungsprinzipien und die Verteidigung der Rechtsstaatlichkeit. Die Linke verteidigt diese Werte aus offensichtlichen Gründen, und die gesellschaftliche Kraft, die sich in den *KOD*-Demonstrationen äußert, stellt womöglich den Kern einer großen Wählerschaft dar. Ein Teil der linkspolitischen Bewegung – insbesondere die Partei *Razem* – betrachtet die Zusammenarbeit mit Vertretern des liberalen Establishments der Dritten Republik jedoch als unethisch und als Rufmord, da sie als »Rückkehr zur Normalität« und damit zum *Status Quo* vor den Wahlen gewertet werden könnte.

Dieses Dilemma aufzulösen ist die große intellektuelle Herausforderung, vor der die Linke steht. Wie kann die liberale Demokratie verteidigt und reformiert werden, ohne dabei die Identität der Linken und ihrer Postulate in einer gemeinsamen Front gegen die *PiS* zu verwässern?

Die größten Chancen

Mögliche Fehler und Fehltritte der *PiS* werden nicht ausreichen, um eine Neukonstituierung der Linken in Polen (nicht einmal einer liberalen Mitte) zu ermöglichen, da ebenfalls radikal nationalistische Kräfte rechts der *PiS* darauf warten, die politische Szene betreten zu können.

Die Linke muss ebenfalls Wähler außerhalb der bereits in die Verteidigung der liberalen Demokratie aktivierten Gruppen mobilisieren. Eine Gelegenheit dazu können die zu erwartenden (und bereits stattfindenden) sozialen Proteste sein. Ein gemeinsamer Nenner dieser Proteste könnte die Forderung nach einem »qualitativ hochwertigen Staat« sein, nach einem Staat für alle, der angemessene öffentliche Dienstleistungen zusichert und nicht übermäßig Einfluss auf persönliche Lebensentscheidungen des Einzelnen nimmt. Angesichts der aktuellen und der zu erwartenden Politik der *PiS* sollte die Linke eine ganze Reihe »natürlicher Verbündeter« finden: die sogenannte Mittelklasse des öffentlichen Sektors (Angestellte im Bildungs- und Gesundheitswesen), Bewegungen, die sich für eine höhere Lebensqualität einsetzen (Menschen, die sich gegen anachronistische und gefährliche Infrastrukturprojekte wie Flussregulierungen auflehnen, und städtische Bewegungen, die Kampagnen gegen Reprivatisierungen organisieren) und Gruppen, die direkt von den ideologischen Projekten der *PiS* bedroht werden (angefangen bei Frauen über sexuelle Minderheiten bis hin zu Eltern von Kindern an öffentlichen Schulen). Interessensüberschneidungen sollte es daneben mit allen Nutzern von EU-Finanzprogrammen geben (von Landwirten über Kommunalvertreter hin zu Unternehmern), mit Personen, die die Aussicht beunruhigt, Polen könnte EU-Mittel und die Arbeitsfreizügigkeit in das EU-Ausland verlieren, und schließlich auch mit einem Teil der meinungsbildenden Kreise – von Verfechtern der Meinungsfreiheit in Medien und Fürsprechern künstlerischer Freiheit hin zu den Juristen, die von der Beschränkung der juristischen Unabhängigkeit desillusioniert wurden.

Die belgische Philosophin Chantal Mouffe betrachtet als Fundament der Politik das Bauen von »Äquivalenzketten«, also von Koalitionen zwischen vermeintlich verschiedenen Gruppen, die auf den ersten Blick unterschiedliche Interessen vertreten. Für die polnische Linke können dies die von den Reformen der *PiS* enttäuschten Arbeiter, die Verteidiger von Rechtsstaatlichkeit und

Bürgerrechten, aber auch Gegner jeglicher Diskriminierung sein. Vor allem aber sind dies die Menschen, die befürchten, die PiS würde Polen aus dem Zentrum Europas herausführen.

Derart verschiedene Werte, Haltungen, Erwartungen und Ängste miteinander in Einklang zu bringen

ist ebenso schwierig wie die Suche nach dem Heiligen Gral. Zweifellos würde jedoch ein Aufgeben der Suche den kürzesten Weg bedeuten, die endgültige Niederlage einzuläuten.

Übersetzung aus dem Polnischen: Maria Albers

Über den Autor

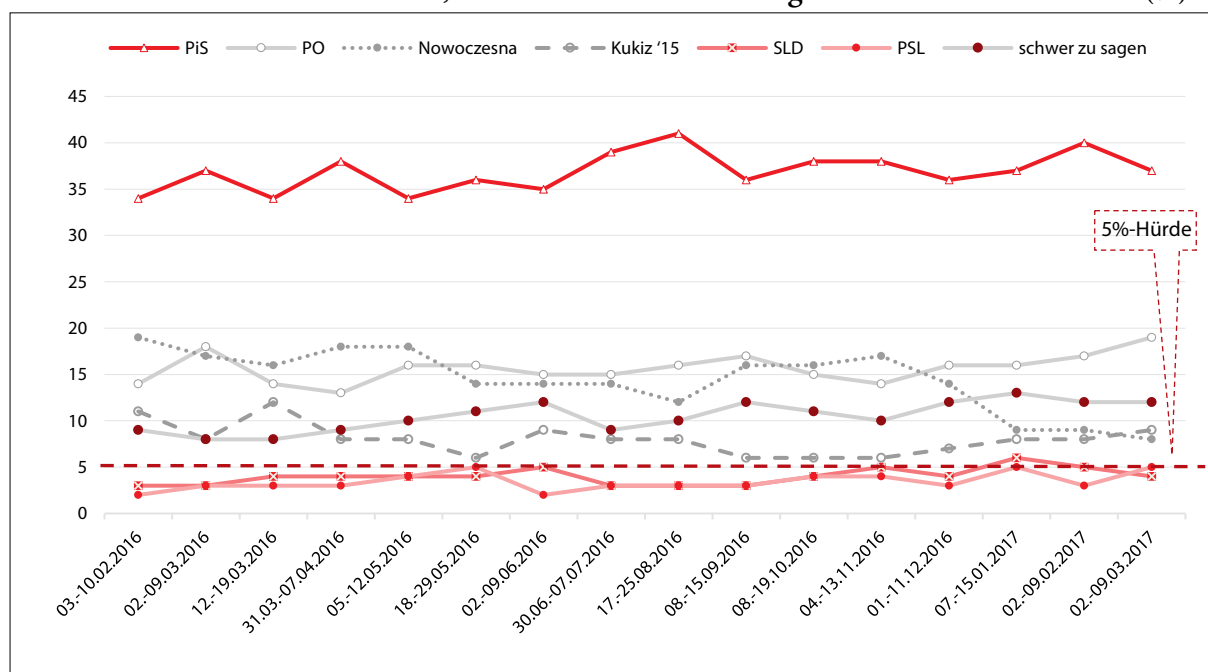
Michał Sutowski ist Politologe und Publizist, Koordinator des Institute for Advanced Study in Warschau. Er absolvierte sein Studium am MISH-Kolleg an der Universität Warschau. Sutowski beschäftigt sich unter anderem mit der Ideologie der demokratischen Opposition in Polen, mit der Politik Russlands und Deutschlands sowie mit dem politischen Denken von Carl Schmitt, Chantal Mouffe und Boris Kagarlicki. Er ist Redaktionsmitglied und -sekretär der Krytyka Polityczna.

Erstabdruck: Die Suche nach dem Heiligen Gral. Über die Probleme linker Parteien in Polen, in: Jahrbuch Polen 2017. Band 28/Politik, hrsg. v. Deutschen Polen-Institut Darmstadt, Wiesbaden 2017, S. 133–143, geringfügig überarbeitet

TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

Politische Präferenzen

Grafik 1: Wen würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Parlamentswahlen wären? (%)



PiS/Prawo i Sprawiedliwość – Recht und Gerechtigkeit; PO/Platforma Obywatelska – Bürgerplattform; Nowoczesna – Die Moderne; SLD/Sojusz Lewicy Demokratycznej – Demokratische Linksalianz; PSL/Polskie Stronnictwo Ludowe – Polnische Bauernpartei; Wolność (Koalicja Odnowy Rzeczypospolitej Wolność i Nadzieja – KORWiN) – Freiheit (Koalition der Erneuerung der Republik Freiheit und Hoffnung); Razem – Gemeinsam

Quelle: CBOS Komunikat z Badań Nr 28/2017: Preferencje partyjne w marcu [Parteipräferenzen im März]. Warszawa 03/2017. <www.cbos.pl>

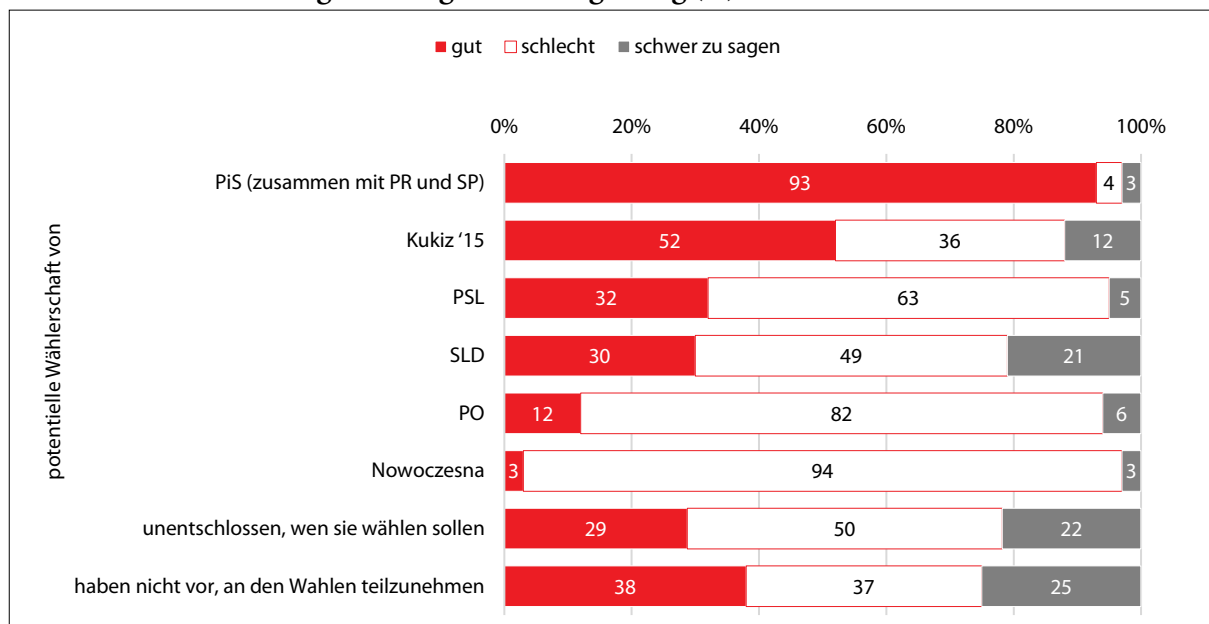
Tabelle 1: Wen würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Parlamentswahlen wären? (%)

	2015												2017				
	Ergebnisse der Wahlen vom 25.10.	03.-10.02	02.-09.03	12.-19.03.	31.03.-07.04.	05.-12.05.	18.-29.05.	02.-09.06.	30.06.-07.07.	17.-25.08.	08.-15.09.	08.-19.10.	04.-13.11.	01.-11.12.	07.-15.01.	02.-09.02.	02.-09.03.
PiS	37,58	34	37	34	38	34	36	35	39	41	36	38	38	36	37	40	37
PO	24,09	14	18	14	13	16	16	15	15	16	17	15	14	16	16	17	19
Kukiz '15	8,81	11	8	12	8	8	6	9	8	8	6	6	6	7	8	8	9
Nowoczesna	7,60	19	17	16	18	14	14	14	14	12	16	16	17	14	9	9	8
PSL	5,13	2	3	3	3	4	5	2	3	3	3	4	4	3	5	3	5
SLD	7,55	3	3	4	4	4	4	5	3	3	3	4	5	4	6	5	4
Wolność (KORWiN)	4,76	3	2	6	2	3	3	3	4	2	2	3	2	3	2	2	2
Razem	3,62	2	2	2	3	2	3	3	3	3	2	2	1	2	2	2	2
andere Antwort	0,87	1	1	1	1	1	1	1	1	1	2	<1	2	2	1	1	1
schwer zu sagen		9	8	8	9	10	11	12	9	10	12	11	10	12	13	12	12
keine Antwort		1	1	1	1	0	1	0	1	1	<1	<1	<1	1	1	1	<1

PiS/Pravo i Sprawiedliwość – Recht und Gerechtigkeit; PO/Platforma Obywatelska – Bürgerplattform; Nowoczesna – Die Moderne; SLD/Sojusz Lewicy Demokratycznej – Demokratische Linksalianz; PSL/Polskie Stronnictwo Ludowe – Polnische Bauernpartei; Wolność (Koalicja Odnowy Rzeczypospolitej Wolność i Nadzieja – KORWiN) – Freiheit (Koalition der Erneuerung der Republik Freiheit und Hoffnung); Razem – Gemeinsam

Quelle: CBOS Komunikat z Badań Nr 28/2017: Preferencje partyjne w marcu [Parteipräferenzen im März]. Warszawa 03/2017. <www.cbos.pl>

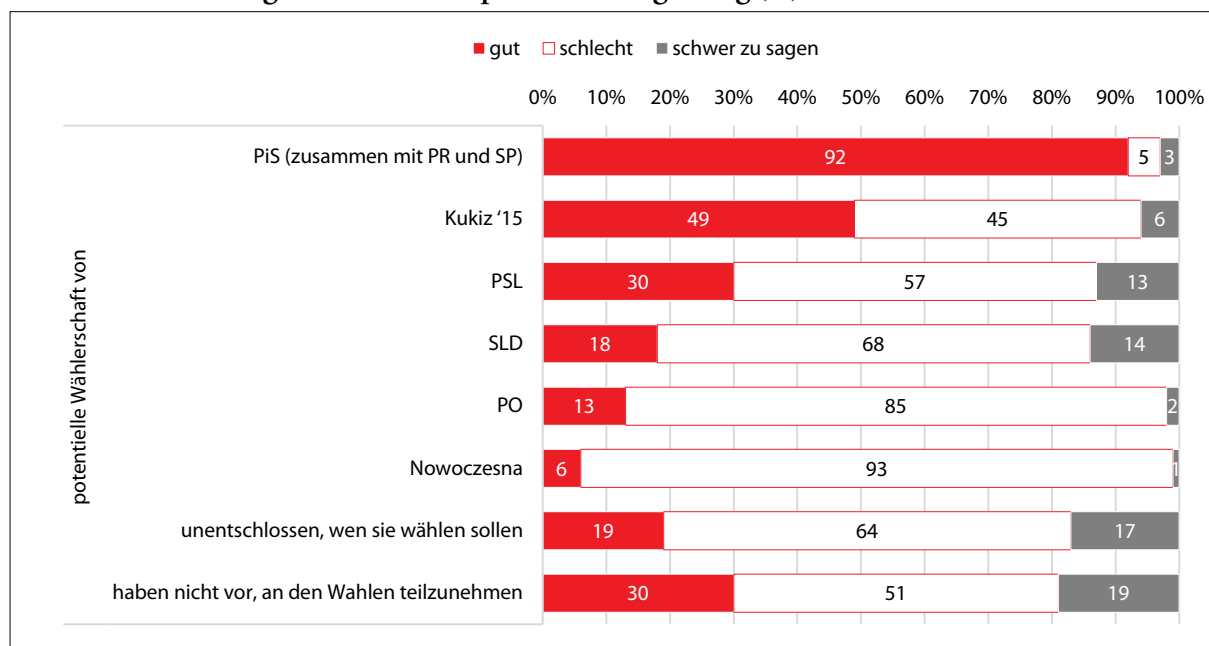
Grafik 2: Die Bewertung der Tätigkeit der Regierung (%)



PiS/Prawo i Sprawiedliwość – Recht und Gerechtigkeit; PR/Prawica Rzeczypospolitej – Die Rechte der Republik; SP/Solidarna Polska – Solidarisches Polen; PSL/Polskie Stronnictwo Ludowe – Polnische Bauernpartei; SLD/Sojusz Lewicy Demokratycznej – Demokratische Linksallianz; PO/Platforma Obywatelska – Bürgerplattform; Nowoczesna – Die Moderne

Quelle: CBOS Komunikat z badań Nr 29/2017: Stosunek do rządu w pierwszej dekadzie marca [Das Verhältnis zur Regierung in den ersten zehn Tagen des März]. Warszawa 03/2017. <www.cbos.pl>

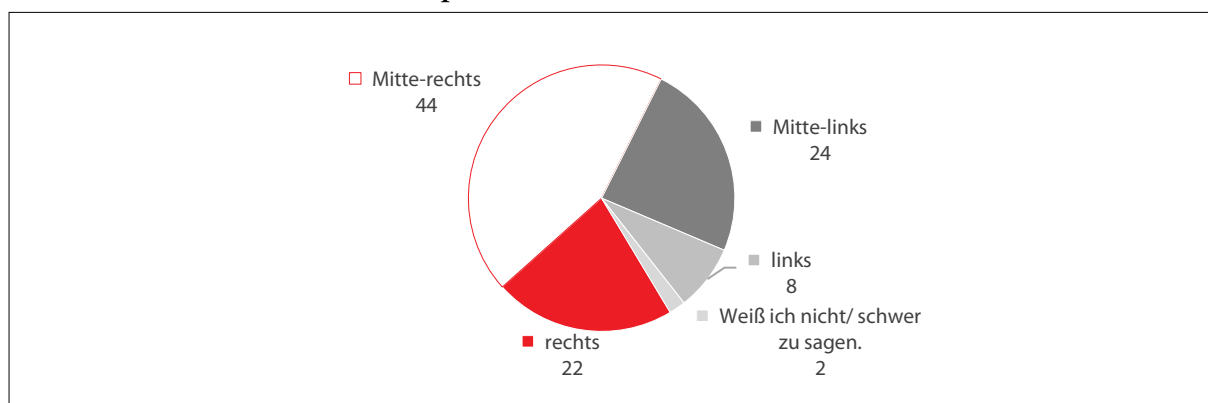
Grafik 3: Bewertung der Wirtschaftspolitik der Regierung (%)



PiS/Prawo i Sprawiedliwość – Recht und Gerechtigkeit; PR/Prawica Rzeczypospolitej – Die Rechte der Republik; SP/Solidarna Polska – Solidarisches Polen; PSL/Polskie Stronnictwo Ludowe – Polnische Bauernpartei; SLD/Sojusz Lewicy Demokratycznej – Demokratische Linksallianz; PO/Platforma Obywatelska – Bürgerplattform; Nowoczesna – Die Moderne

Quelle: CBOS Komunikat z badań Nr 29/2017: Stosunek do rządu w pierwszej dekadzie marca [Das Verhältnis zur Regierung in den ersten zehn Tagen des März]. Warszawa 03/2017. <www.cbos.pl>

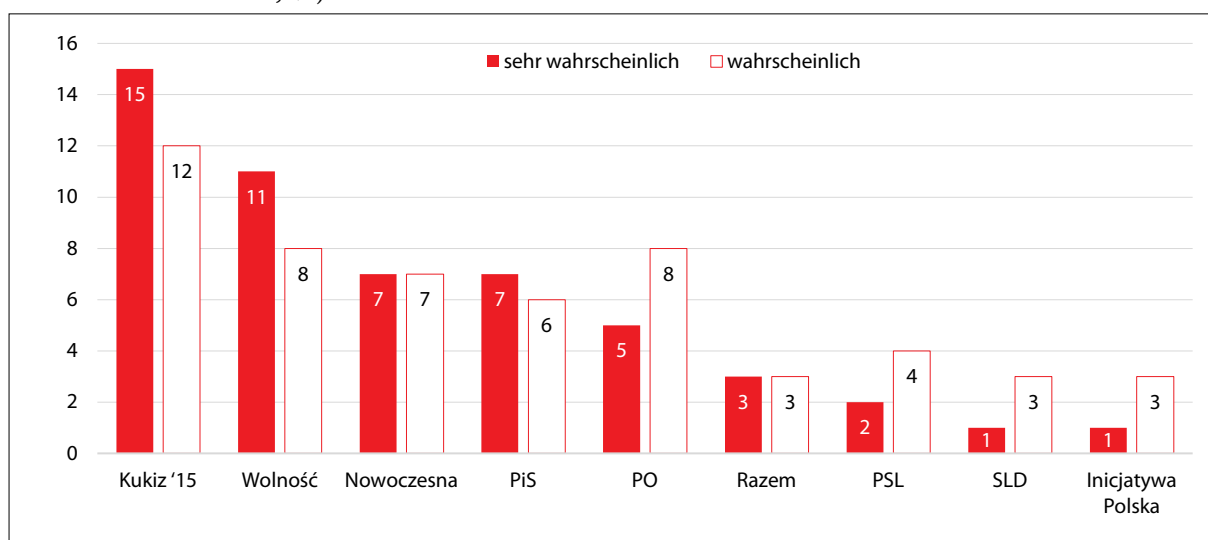
Grafik 4: Wie würdest Du Deine politischen Ansichten benennen? (%)



Anm.: Die Befragung wurde vom 30.01. – 13.02.2017 im Auftrag des Instytut Spraw Publicznych [ISP – Institut für Öffentliche Angelegenheiten] und der Bertelsmann Stiftung von Kantar Public mit Hilfe von online-Befragungen (CAWI) einer repräsentativen Gruppe von 500 Polinnen und Polen durchgeführt. Die Gruppe wurde auf der Grundlage der offiziellen Statistiken der Europäischen Union (Eurostat) zusammengestellt.

Quelle: Instytut Spraw Publicznych [ISP – Institut für Öffentliche Angelegenheiten]: Na prawo, ale nie na PiS – polityczne orientacje młodych Polek i Polaków [Rechts, aber nicht für PiS – die politischen Orientierungen junger Polinnen und Polen]. 7.03.2017. <<http://www.isp.org.pl/aktualnosci,1,1616.html>> (abgerufen am 15.03.2017).

Grafik 5: Die Unterstützung junger Menschen für politische Gruppierungen: Wie wahrscheinlich ist es, dass Du die folgenden Parteien und ihre Chefs wählen würdest? (positive Antworten, %)

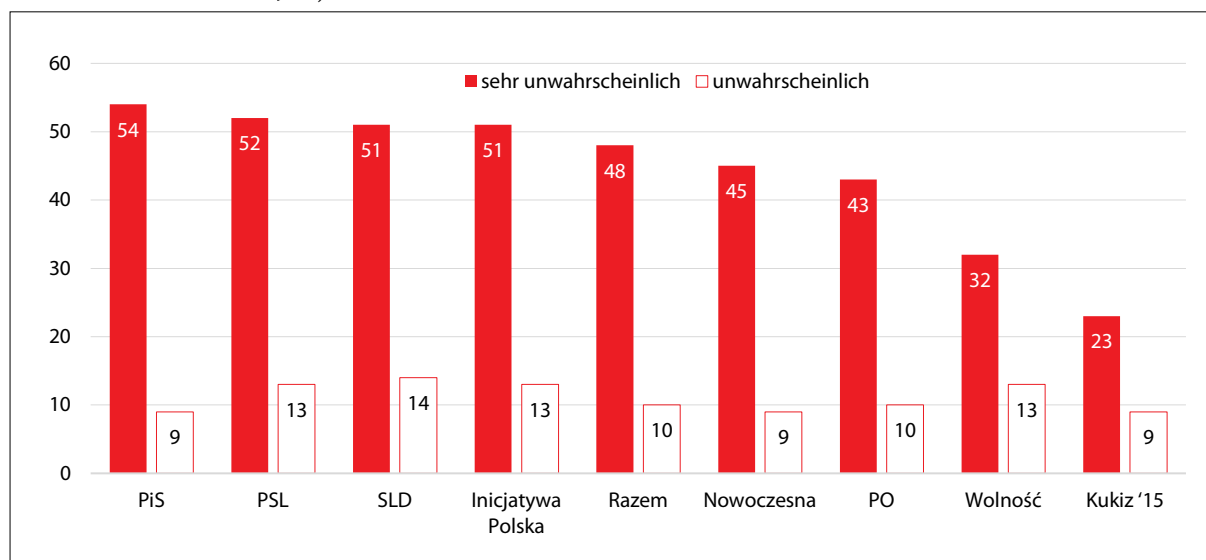


Wolność (Koalicja Odnowy Rzeczypospolitej Wolność i Nadzieja – KORWiN) – Freiheit (Koalition der Erneuerung der Republik Freiheit und Hoffnung); Nowoczesna – Die Moderne; PiS/Prawo i Sprawiedliwość – Recht und Gerechtigkeit; PO/Platforma Obywatelska – Bürgerplattform; Razem – Gemeinsam; PSL/Polskie Stronnictwo Ludowe – Polnische Bauernpartei; SLD/Sojusz Lewicy Demokratycznej – Demokratische Linksallianz; Inicjatywa Polska – Initiative Polen

Anm.: Die Befragung wurde vom 30.01. – 13.02.2017 im Auftrag des Instytut Spraw Publicznych [ISP – Institut für Öffentliche Angelegenheiten] und der Bertelsmann Stiftung von Kantar Public mit Hilfe von online-Befragungen (CAWI) einer repräsentativen Gruppe von 500 Polinnen und Polen durchgeführt. Die Gruppe wurde auf der Grundlage der offiziellen Statistiken der Europäischen Union (Eurostat) zusammengestellt.

Quelle: Instytut Spraw Publicznych [ISP – Institut für Öffentliche Angelegenheiten]: Na prawo, ale nie na PiS – polityczne orientacje młodych Polek i Polaków [Rechts, aber nicht für PiS – die politischen Orientierungen junger Polinnen und Polen]. 7.03.2017. <<http://www.isp.org.pl/aktualnosci,1,1616.html>> (abgerufen am 15.03.2017).

Grafik 6: Die Unterstützung junger Menschen für politische Gruppierungen: Wie wahrscheinlich ist es, dass Du die folgenden Parteien und ihre Chefs wählst würdest? (negative Antworten, %)



PiS/Prawo i Sprawiedliwość – Recht und Gerechtigkeit; PSL/Polskie Stronnictwo Ludowe – Polnische Bauernpartei; Sojusz Lewicy Demokratycznej/SLD – Demokratische Linksallianz; Inicjatywa Polska – Initiative Polen; Razem – Gemeinsam; Nowoczesna – Die Moderne; PO/Platforma Obywatelska – Bürgerplattform; Wolność (Koalicja Odnowy Rzeczypospolitej Wolność i Nadzieja – KORWiN) – Freiheit (Koalition der Erneuerung der Republik Freiheit und Hoffnung)

Anm.: Die Befragung wurde vom 30.01. – 13.02.2017 im Auftrag des Instytut Spraw Publicznych [ISP – Institut für Öffentliche Angelegenheiten] und der Bertelsmann Stiftung von Kantar Public mit Hilfe von online-Befragungen (CAWI) einer repräsentativen Gruppe von 500 Polinnen und Polen durchgeführt. Die Gruppe wurde auf der Grundlage der offiziellen Statistiken der Europäischen Union (Eurostat) zusammengestellt.

Quelle: Instytut Spraw Publicznych [ISP – Institut für Öffentliche Angelegenheiten]: Na prawo, ale nie na PiS – polityczne orientacje młodych Polek i Polaków [Rechts, aber nicht für PiS – die politischen Orientierungen junger Polinnen und Polen]. 7.03.2017. <<http://www.isp.org.pl/aktualnosci,1,1616.html>> (abgerufen am 15.03.2017).

7. – 20. März 2017

07.03.2017	Die Parlamentspräsidenten der Visegrád-Gruppe (Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn) thematisieren in Warschau, welche Rolle die Nationalparlamente in Zukunft in der EU einnehmen sollten, sowie die parlamentarische Zusammenarbeit in der Visegrád-Gruppe. Sejm marschall Marek Kuchciński betont, die Nationen und die souveränen Mitgliedsstaaten seien das Fundament der EU. Die Kompetenzen der EU-Institutionen und der Nationalstaaten müssten im Reformprozess der EU präziser bestimmt werden.
08.03.2017	In einem Brief an ihre Amtskollegen in der Europäischen Union begründet Ministerpräsidentin Beata Szydło, warum Polen die erneute Wahl des aus der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) kommenden Ratspräsidenten Donald Tusk nicht unterstützen wird. Tusk habe seine Neutralität nicht gewahrt und während der »Sejmkrise« im Dezember 2016/Januar 2017 in Polen versucht, die polnische Regierung mit außerparlamentarischen Mitteln zu stürzen. Der von Polen vorgeschlagene Kandidat Jacek Saryusz-Wolski für den EU-Ratsvorsitz sei unparteiisch und habe die Kompetenzen, die EU zu reformieren; darüber hinaus komme er nicht aus dem politischen Lager, dem die in Polen regierende Partei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) angehört. Saryusz-Wolski war aus den Reihen der PO in das Europäische Parlament eingezogen. Die PO schloss ihn nach seiner Kandidatur aus der PO aus.
09.03.2017	Der ehemalige polnische Ministerpräsident Donald Tusk wird für eine zweite Amtszeit als Präsident des Europäischen Rates wiedergewählt. Entgegen den Gepflogenheiten hat Polen – als Einziger – nicht für ihn gestimmt, sondern hatte einen eigenen Kandidaten vorgeschlagen. Ministerpräsidentin Beata Szydło erklärt, dass Tusk kein guter Ratspräsident sei, da er nicht unparteiisch sei. Im innenpolitischen Konflikt Polens stelle er sich auf die Seite der Opposition und arbeite gegen die demokratisch gewählte Regierung. Es sei ein gefährlicher Präzedenzfall, dass die Wahl des Ratspräsidenten gegen den Staat, aus dem der Kandidat kommt, erfolgt ist.
09.03.2017	Außenminister Witold Waszczykowski beruft die neuen Mitglieder Polens in der Polnisch-Russischen Gruppe für Schwierige Angelegenheiten. Polen sei offen für eine konstruktive Zusammenarbeit, trotz der aktuellen Außenpolitik Russlands, die auf einen Umbau der globalen Ordnung ziele und das internationale Recht verletze. Schwierige Angelegenheiten seien nicht auf die Vergangenheit beschränkt, sondern fänden sich vor allem in der Gegenwart und der Zukunft. Die Polnisch-Russische Gruppe für Schwierige Angelegenheiten besteht seit 2002 und nimmt eine beratende Funktion für die Regierungen Polens und Russlands ein. Ihr letztes Treffen fand im Jahr 2013 in Kaliningrad statt.
10.03.2017	Ministerpräsidentin Beata Szydło wird auf dem Flughafen in Warschau von Jarosław Kaczyński, Parteivorsitzender von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), und Außenminister Witold Waszczykowski nach ihrer Rückkehr vom EU-Gipfel in Brüssel begrüßt. Auf dem Gipfel hat Szydło als einzige gegen die Wiederwahl Donald Tusks zum Präsidenten des Europäischen Rates gestimmt. Polen hatte vorher einen eigenen Kandidaten vorgeschlagen. Kaczyński sagt, Ministerpräsidentin Szydło habe die polnische Angelegenheit in einer Weise verteidigt, die in die polnische Geschichte eingehen werde. Polen habe sich als Subjekt und als stolzer Staat präsentiert. Szydło betont, dass Polen um das Prinzip gekämpft habe, dass jedes EU-Mitglied das souveräne Recht habe zu entscheiden, von wem es auf höchster Ebene repräsentiert wird.
12.03.2017	Der Parteivorsitzende von Die Moderne (Nowoczesna), Ryszard Petru, spricht sich für einen raschen Beitritt Polens zur Eurozone aus, da diese das Entscheidungszentrum der EU sei. Da die regierende Partei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) jedoch antieuropäisch sei, könnte erst nach einem Regierungswechsel der Beitrittsprozess begonnen werden, so dass der früheste Beitritt im Jahr 2021 läge.
13.03.2017	Der Parteivorsitzende von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), Jarosław Kaczyński, weist Spekulationen als Lüge zurück, dass PiS für den Austritt Polens aus der EU sei. Er bezieht sich damit auf Medienberichte, dass Marine Le Pen, Präsidentschaftskandidatin in Frankreich und Parteivorsitzende des rechtsextremen Front National, angekündigt haben soll, im Falle ihres Wahlsieges die Zusammenarbeit mit Polen und mit Ungarn aufzunehmen, um die EU zu demontieren. PiS habe mit Marine Le Pen ebenso wenig gemein wie mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin, so Kaczyński. Des Weiteren spricht sich Kaczyński gegen das Konzept eines Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten aus, das die EU zerschlagen würde.
14.03.2017	Der Präsident des Europäischen Parlaments, Antonio Tajani, gibt bekannt, dass der polnische Europaabgeordnete Janusz Korwin-Mikke für zehn Tage seine Abgeordnetentätigkeit niederlegen muss und 30 Tage keine Abgeordnetendiäten erhält. Grund dafür sind frauenfeindliche Äußerungen Korwin-Mikkés während einer Debatte des Europäischen Parlaments Anfang März über die Gehaltsunterschiede zwischen Frauen und Männern.

15.03.2017	Nach einem Treffen mit dem ukrainischen Außenminister Pawlo Klimkin in Warschau betont Außenminister Witold Waszczykowski, dass die Ukraine im russisch-ukrainischen Konflikt nicht allein gelassen wird. Die bisherigen Gesprächsformate (»Normandie-Format«, »Minsk-Format«) hätten zu keinem dauerhaften Frieden zwischen beiden Ländern geführt, so dass ein neues Format, eventuell unter US-amerikanischer Beteiligung, erwohrt werden müsse. Waszczykowski ruft Russland auf, die Aggressionen gegenüber der Ukraine einzustellen, die besetzten ukrainischen Gebiete zurückzugeben und die Zusammenarbeit mit der Ukraine und der Europäischen Union auf der Grundlage des internationalen Rechts wieder aufzunehmen. Klimkin geht auf die jüngsten Vorkommen von Vandalismus auf Polen gewidmeten Friedhöfen und Denkmälern in der Ukraine ein. Ukrainische Medien hatten am Vortag gemeldet, dass u. a. die Aufschriften »Tod den Polen« und »Weg mit der Ukraine« angebracht worden seien. Es handele sich nicht um zufällige Akte, sondern um gezielte Aktionen. Der Schutz der polnischen Gedenkorte werde verbessert, so Klimkin.
16.03.2017	Politiker der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) appellieren an Präsident Andrzej Duda, Stellung zur Situation in der polnischen Armee zu nehmen. Nach Einschätzung des ehemaligen Verteidigungsministers Tomasz Siemoniak (PO) biete die Personalpolitik von Verteidigungsminister Antoni Macierewicz Anlass zu großer Sorge, da sie zu großen Verlusten im Führungskader geführt habe. Er wolle Duda daran erinnern, dass der Oberbefehl über die Streitkräfte eine reale Verantwortung umfasse und sich nicht auf Sonntagsreden und den Besuch von Truppenübungsplätzen beschränke.
17.03.2017	Senatsmarschall Stanisław Karczewski betont auf dem Gipfeltreffen der EU-Parlamentschefs in Rom, dass Polen gegen ein Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten sei. Die Reform der EU dürfe nicht dazu führen, dass sich Europa in Zentrum und Peripherie spalte. Der »Brexit« habe gezeigt, dass ein Auseinanderbrechen der EU möglich sei. Die europäische Identität, die Demokratie, Integration, Souveränität und Solidarität bedeute, müsse gewahrt bleiben.
17.03.2017	Die Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) stellt ihren Antrag auf ein konstruktives Misstrauensvotum gegen die Regierung von Ministerpräsidentin Beata Szydło (Recht und Gerechtigkeit/Prawo i Sprawiedliwość – PiS) vor. Für das Amt des Ministerpräsidenten ist Parteichef Gregorz Schetyna vorgesehen. Vorgeworfen werden der Regierung u. a. die Verletzung demokratischer Prinzipien, extreme Parteilichkeit und Nepotismus, die Vernichtung außenpolitischer Erfolge der III. Republik und eine schlechte Wirtschaftspolitik und Bildungspolitik.
18.03.2017	Nach Einschätzung von Ryszard Petru, Parteivorsitzender von Die Moderne (Nowoczesna), ist das am Vortag präsentierte konstruktive Misstrauensvotum der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) gegen die Regierung von Ministerpräsidentin Beata Szydło (Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) zum Scheitern verurteilt, da es vorher nicht mit der Opposition konsultiert wurde. Um die Regierung abzuwählen, müsse die Opposition ihr Handeln koordinieren und darüber hinaus noch einige PiS-Abgeordnete überzeugen, so Petru.
20.03.2017	Innenminister Mariusz Błaszczak informiert, dass der Ministerrat auf seinen Antrag das 2012 verabschiedete Dokument zur Migrationspolitik Polens für nicht mehr gültig erklärt, da es auf die aktuelle Migrationskrise nicht angemessen reagiere. Zurzeit befasst sich die Arbeitsgruppe für Migrationsangelegenheiten damit, ein neues Konzept zu entwickeln; Schwerpunkte seien der Einfluss auf den Arbeitsmarkt durch Migration und die innere Sicherheit.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Jahrbuch Polen 2017 Politik



Herausgegeben vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, Wiesbaden 2016, ca. 200 S., zahlreiche Abb. Preis: 11,90 € (Abo 9 €), ISBN 978-3-447-10821-8
<www.deutsches-polen-institut.de>

Bestellung: verlag@harrassowitz.de oder kaluza@dpi-da.de

Seit den letzten Parlamentswahlen und der Etablierung der neuen Regierung von Premierministerin Beata Szydło ist die polnische Politik wieder in aller Munde. Das energische politische Durchgreifen der mit absoluter Mehrheit regierenden Partei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość, PiS) überraschte die Öffentlichkeit im In- und Ausland, politische Beobachter, Medien und die seitdem darnieder liegende Opposition. Man gewinnt den Eindruck, bei dem sogenannten »guten Wandel« (dobra zmiana) handelt es sich nicht um einen gewöhnlichen Machtwechsel, sondern um einen Systemwandel, bei dem die bisher mühsam erarbeiteten Grundlagen des demokratischen politischen Systems systematisch beschädigt und teilweise ausgehebelt werden sollen.

Das aktuelle Jahrbuch Polen 2017 Politik kann und will die sich tagtäglich wandelnde Situation weder nachbilden noch zeitnah kommentieren; das Buch zielt eher darauf ab, den deutschsprachigen Lesern einen verlässlichen Kompass durch die Mäander der polnischen politischen Szenerie zu geben und dabei durchaus auch die aktuelle Lage zu beurteilen. Da ist zunächst eine begriffliche Zuordnung wichtig – was ist in Polen links, was ist rechts auf der politischen Bühne? Wo verlaufen die politischen und gesellschaftlichen Gräben? Welche Rolle spielen heute noch Begriffe wie Liberalismus, Konservatismus oder Linke im polnischen Diskurs? Was sagt dazu die einflussreiche katholische Kirche? Aus welchen Quellen schöpft die polnische nationale wie staatsbürgerliche Identität?

Antworten auf diese Fragen geben unsere Autoren – Agata Bielik-Robson, Piotr Buras, Gerhard Gnauck, Andrzej Leder, Michał Sutowski, Reinhold Vetter u.a. Einen kleinen Schwerpunkt bilden Texte zur aktuellen polnischen Geschichtspolitik (Klaus Bachmann, Tomasz Stefanek und Lech M. Nijakowski). Neben tiefgreifenden Essays findet der Leser im Jahrbuch auch spannende Gespräche mit Marcin Król und Sławomir Sierakowski, eine Reportagen von Dagmara Dzierzan und Literaturfragmente von Janusz Głowacki und Andrzej Horubała.

INHALT

Einführung:	Polen 2017: Konservative Revolution?
In memoriam Adam Zagajewski	Karl Dedecius (1921–2016) Karl Dedecius
Klaus Bachmann	Essays Politische Debatten in Polen nach 1989
Lech M. Nijakowski Tomasz Stefanek	Die polnische Erinnerungspolitik Die Botschaft der Freiheit über alles Trennende hinweg. Über die polnische Erinnerungspolitik
Andrzej Leder	Wer hat uns diese Revolution genommen?
Reinhold Vetter	Im Schützengraben. Zur politischen Kultur in Polen
Agata Bielik-Robson	»Polnisches Weimar« oder die polnische Liberalismusallergie
Marcin Król / Grzegorz Sroczyński	Wir waren dumm. Gespräch
Gerhard Gnauck	Konservatismus als revolutionäres Potential. Ein paar unfrisierte Gedanken aus Anlass der Kaczyński-Ära
Gerhard Gnauck	Citizen Kaczyński
Michał Sutowski	Die Suche nach dem Heiligen Gral. Über die Probleme linker Parteien in Polen
Sławomir Sierakowski / Grzegorz Sroczyński	Wo sind bloß die Typen in Pullovern geblieben? Gespräch
Piotr Buras	Die neue europäische Frage in Polen
Zbigniew Nosowski	Warum die polnische Politik nicht ohne die Kirche sein kann
Dagmara Dzierzan	Reportage Dobra zmiana – die Stimme des Volkes
Andrzej Horubała Janusz Głowacki	Literatur Die Befleckten Ich bin da oder wie ich ein Dreh- buch über Lech Wałęsa für Andrzej Wajda schrieb

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt (www.deutsches-polen-institut.de)

Das seit 1980 tätige Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations- und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Institutionelle Träger des DPI sind das Land Hessen, die Kultusminister der Länder, das Auswärtige Amt und die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft. Das DPI versteht sich in Kooperation mit den Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten als verbindendes und vernetzendes Zentrum. Mit der über 68.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Belletristik in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationendienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Das **Institut für Öffentliche Angelegenheiten (Instytut Spraw Publicznych – ISP)** in Warschau ist einer der führenden Think Tanks in Polen und seit 1995 als unabhängiges Forschungszentrum zu grundlegenden Fragen des öffentlichen Lebens tätig. Das ISP kooperiert eng mit zahlreichen Experten und Forschern wissenschaftlicher Einrichtungen im In- und Ausland. www.isp.org.pl

Herausgegeben mit finanzieller Unterstützung der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit



FUNDACJA WSPÓLPRACY
POLSKO-NIEMIECKIEJ
STIFTUNG
FÜR DEUTSCH-POLNISCHE
ZUSAMMENARBEIT

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Prof. Dr. Dieter Bingen (verantwortlich) (Darmstadt), Silke Plate M.A. (Bremen); Redaktionsassistentin für diese Ausgabe: Klaudia Kokoszka (Bremen)

Technische Gestaltung: Matthias Neumann

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1863-9712 © 2017 by Deutsches Polen-Institut Darmstadt, Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Deutsches Polen-Institut, Residenzschloss, Marktplatz 15,

64283 Darmstadt, Tel.: +49/6151/4202-20, Fax: +49/6151/4202-10, E-Mail: polen-analysen@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen